

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zur Wolfsinitiative im Schafspelz zwecks Halbierung der Militärcosten

Pressekonferenz vom 19.10.2000; Bundesrat Kaspar Villiger

Wie Bundespräsident Adolf Ogi

- mag auch ich keine halben Sachen,
- auch keine halbierten Budgets.

Vor allem,

- wenn im gleichen Atemzug die eingesparte Hälfte
- gleich wieder ausgegeben wird,
- und zwar unabhängig davon,
- ob es wirklich dringend und vernünftig ist.

Diese Initiative,

- steht in einer langen Reihe von Vorstössen,
- welche die Aushöhlung der Sicherheitspolitik bezwecken.

Als Bundesrat,

- als Finanzminister
- und als früherer EMD-Chef
- halte ich die Umverteilungsinitiative
- für dreifach falsch:
 - sicherheitspolitisch,
 - finanzpolitisch
 - und reformpolitisch.

Sicherheitspolitisches Nein

Sicherheitspolitisch sage ich Nein zu dieser Initiative,

- weil sie so tut,
- als ob sich Bedrohungslagen
- nach den Umverteilungswünschen eines Kleinstaates richten.

Das ist weltfremd.

Wer eine leistungsfähige und damit sinnvolle Armee will,

- (und das Schweizer Volk
- hat dazu an der Urne immer und immer wieder
- deutlich ja gesagt,)
- muss diese nach sicherheitspolitischen
- Kriterien und Konzepten
- ausrüsten und betreiben.

Die Massstäbe dafür können wir

- nicht mit gutgemeinten Verfassungsbestimmungen
- selber festlegen.

Die Massstäbe für das sicherheitspolitisch Nötige

- werden vom internationalen Umfeld bestimmt.

Auch wenn es die Initianten immer wieder behaupten,

- so ist es nicht wahr,
- dass die Antwort der Schweiz
- auf die sicherheitspolitischen Risiken und Chancen
- im internationalen Vergleich,
- also beispielsweise im Vergleich zu anderen
- europäischen Streitkräften inklusive Nato,
- überrissen ist.

Ich war 7 Jahre Chef des damaligen EMD,

- und dies in einer Zeit,
- in der der Schritt
- von der ausschliesslichen Landesverteidigung
- zur umfassenden Sicherheitspolitik eingeleitet wurde.

Zu diesem Schritt gehörten

- die Reformen der Armee, der Rüstungsbetriebe und des Departementes,
- die Oeffnung in Richtung präventiver Friedensunterstützung (die ersten Soldaten noch unter BR Koller im Ausland!)
- und der Beginn eines konzeptionell
- abgestützten, verantwortbaren Herunterfahrens der Militärausgaben.

Dieses Herunterfahren ist eindrücklich:

- verglichen mit meinem zweiten Amtsjahr 1990 (real höchste Ausgaben)
- lagen die Ausgaben der Landesverteidigung
- bei meinem Wechsel 1995 real 17 % tiefer
- 2001 werden sie gar um 36 % tiefer liegen.

Trotz dieser schmerzhaften Einschnitte

- wurde Verteidigungsfähigkeit angemessen erhalten,
- die Armee modernisiert und ergänzt.

Ich war damals überzeugt,

- dass diese Politik richtig ist
- und ich bin es heute noch genau gleich.

Seit meiner Zeit als Chef EMD

- hat sich die Lage weiter verändert.

Deshalb unterstütze ich den Kollegen Ogi stets überzeugt.

- er passt Armee und Sicherheitspolitik an die Bedürfnisse
- der heutigen Zeit konsequent an.

Diesen Prozess

- mit einer Wolfsinitiative im Schafspelz
- zu zerschlagen, wäre unverantwortlich.

Finanzpolitisches Nein

Finanzpolitisch ist die Umverteilungsinitiative nicht nur falsch,

- sondern auch unfair.

Falsch,

- weil sie gemäss Verfassung verhindert,
- eine sicherheitspolitische Frage
- bei einer markanten Änderung der Verhältnisse
- finanzpolitisch neu beurteilen und entsprechend reagieren zu können.

Falsch, weil die Initiative

- nicht etwa überflüssige Kosten einsparen,
- sondern das weggenommene Geld
- nicht zu knapp nach eigenem Gusto
- umverteilen will.

Auch wenn sich die Lage verschärft,

- könnte gemäss Initiative
- die Armee nicht ausgebaut werden
- weil das dafür nötige Geld für eine Friedenspolitik reserviert wäre,
- die in einem solchen Moment äusserer Bedrohung wohl weniger Priorität hätte.

Das ist keine Politik!

- das ist Ideologie.

Finanzpolitisch stellt sich eben die Frage

- nach der richtigen Zuteilung.

Und diese Frage hat der Bundesrat

- im Rahmen einer kontinuierlichen
- Entwicklung einer in sich konsistenten Sicherheitspolitik
- zusammen mit dem Parlament beantwortet.

Mir scheint,

- dies sei die verantwortungsbewusste Art,
- eine Frage von derartiger Tragweite zu beantworten,
- und nicht der Blick auf jene Kässeli,
- die einem politisch gerade näher liegen.

Finanzpolitisch wenig glaubwürdig

- ist zudem das Hintertürchen,
- das die Initianten scheinbar für echtes Sparen offen halten,
- indem sie dem Parlament 1,2 Milliarden zur Disposition stellen.

Hier darf in Anlehnung

- an einen Spruch von Hans Letsch
- und aus gelebter Erfahrung gesagt werden,
- dass es wohl aussichtsreicher ist,
- einem Dürrbächler ein Wurstlager zum Hüten zu geben,
- als der Politik 1,2 Milliarden.

Finanzpolitisch unfair ist die Initiative

- gegenüber dem VBS,
- weil dieses Departement
- den Sparbeweis wirklich geleistet hat.

2002 werden die Kosten für die Landesverteidigung

- gegenüber dem Budget 1987 real um 28% gesunken sein.
- Gegenüber 1990, wie gesagt, um 36 %.

Auch die Armee XXI,

- zu deren politischen Leitlinien
- ich voll stehe
- steht unter Kostendruck.

Ein Nein zur Initiative wäre also

- keine unlimitierte Kreditkarte für das VBS.

Als Finanzminister habe ich

- trotz meiner äusserst positiven
- Grundhaltung zu einer glaubwürdigen Armee
- nie nostalgische Zugeständnisse gemacht,
- sondern stets einen strengen Sparkurs durchgesetzt.

Dölf Ogi kann davon ein Lied

- mit ziemlich vielen Strophen singen,
- wovon mindestens eine den Runden Tisch betrifft.

Diese gelebte Spardisziplin zu bestrafen,

- wäre unfair
- und würde dem Landesinteresse zuwider laufen.

Deshalb lehne ich die Initiative

- nicht nur als Bürger,
- sondern auch als Finanzminister ohne Wenn und Aber ab.

Reformpolitisches Nein

Reformpolitisch und auch staatspolitisch

- ist die verfassungsmässige Bezifferung
- der zur Erfüllung einer Staatsaufgabe
- nötigen Mittel ein Fremdkörper.

Vor allem

- weil das Ausmass von Bedrohungen
- gar nicht in unseren Händen liegt.

Wie sollen wir jene,

- die per Verfassung zum Wehrobligatorium
- gezwungen werden,
- glaubwürdig motivieren,
- wenn ihnen die genau gleiche Verfassung
- die nötigen Mittel entzieht?

Wer soll noch an die Seriosität

- von Reformen glauben,
- wenn sie nicht von der Sache her entwickelt werden,
- sondern vom Grobkeil einer
- parteipolitisch und/oder weltanschaulich
- begründeten Halbierung?

Reformen sind ein Prozess,

- eine Daueraufgabe,
- ein Ringen um das richtige und nötige Mass.

Gerade Armee-reformen müssen sich

- im Spannungsfeld zwischen
- dem sicherheitspolitisch von aussen Aufgezwungenen,
- dem militärisch und gesellschaftlich Optimalen
- und zwischen dem finanziell Verkraftbaren
- jeweils mit der nötigen Weitsicht entwickeln.

Fazit

Reformen geben Antworten und Perspektiven.

Der Weg von Adolf Ogi,

- ist ein echter Reformweg,
- der Antworten gibt und Perspektiven eröffnet.
-

Eine Halbierung von innen her ist

- hingegen keine Reform
- sondern eine Amputation.

Und dazu sage ich nein.